

matik der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen sowie des Austausches zwischen den verschiedenen Organisationen hierüber annehmen muß.

Das Problem des Monitoring

Versuche der "United Nations Development Agency" (UNDA), die einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer Menschenrechtssituation nach den Ergebnissen des Berichts zur menschlichen Entwicklung in eine Rangfolge einzuordnen, stießen auf Entrüstung. Viele der Entwicklungsländer kritisierten dieses Vorgehen als auf westlichen Wertvorstellungen beruhend, und damit als einseitig. Bislang haben jedoch weder asiatische Regierungen noch asiatische NROs eigene, regelmäßig erscheinende und umfassende Berichte zur Menschenrechtssituation in der Region herausgegeben. Sicherlich sind das Monitoring und Bewerten von Menschenrechtsverletzungen komplizierte Aufgaben, doch ist das Fehlen von, die sozio-ökonomische Dimension inkorporierender Daten ein Hindernis zur Entwicklung eines Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte in der Region.

Die Entwicklung eines asiatischen Ansatzes zum Menschenrechtsschutz erfordert eine Klärung des Verständnisses über das Konzept der Menschenrechte im asiatischen Kontext sowie größeres Wissen bezüglich der Messung von Menschenrechtsstandards und der Formulierung geeigneter Indikatoren. Während viele Menschen in Asien die Unteilbarkeit der politischen und bürgerlichen sowie ökonomischen und sozialen Rechte akzeptieren würden, gibt es bislang keinen umfassenden Überblick, wie solche Konzepte im ostasiatischen Kontext angewandt werden können. Die Konzeptualisierung der Menschenrechte in einem regionalen und kulturspezifischen Zusammenhang bleibt sehr problematisch, die Etablierung eines regionalen Menschenrechtsschutzmechanismus schwierig. Doch haben die Anstrengungen hinsichtlich der Entwicklung von Informationszentren bzw. Netzwerken, bessere Kapazitäten der Datensammlung und die Förderung eines regionalen Informationsaustausches dazu beigetragen, das eine Art "principled issue-networks on human rights" entstanden sind. Solche durch ihre transnationale Natur gekennzeichneten Netzwerke werden zu einem größeren Schutz der Menschenrechte in der Region beitragen.

Schlussfolgerungen

Es gibt keine schnellen Lösungen zur Regelung des Menschenrechtskonflikts zwischen den industrialisierten westlichen Ländern und den asiatischen Staaten. Der Beitrag befaßt sich mit der prinzipiellen Frage, inwieweit eine Einbeziehung der östlichen Sichtweise der Menschenrechte der Entwicklung des Menschenrechtsschutzes dienlich bzw. förderlich ist. Das Verständnis gegenüber Menschenrechtsthemen wird vor dem Hintergrund der spezifischen ökonomischen und sozialen Bedingungen in der Region möglicherweise revidiert werden müssen.

Die Konflikte zwischen Ostasien und Europa basieren nicht vollständig auf unterschiedlichen Interpretationen über Men-

schenrechtsstandards und der internationalen Politik; sie entstehen auch infolge unterschiedlicher Verhältnisse von Staat, Gesellschaft und Macht in Ostasien und im Westen. Solange keine dramatischen politischen Veränderungen in der asiatisch-pazifischen Region stattfinden, werden unterschiedliche Interpretationen sowie Gewichtungen von Menschenrechtsstandards und Werten eine Quelle für internationale Konflikte und Spannungen bleiben.

Die asiatisch-pazifische Region hat eindeutig das Potential zur Entwicklung eines Systems zum Schutz von Menschenrechten. Wirtschaftliche Entwicklungsprozesse haben in vielen ost- und südostasiatischen Staaten wohlhabende Gesellschaften entstehen lassen. Die Lebensstandards sowie die sozio-ökonomischen Bedingungen in einem Teil der Region haben die in der industrialisierten Welt eingeholt. Die politischen Beziehungen in der Region orientieren sich nicht länger an der Trennungslinie von Kapitalismus und Kommunismus. Ökonomische Verbindungen und gemeinsame politische Interessen in der Zeit nach dem Kalten Krieg erleichtern möglicherweise eine engere Interaktion zwischen den asiatischen Staaten. In der Tat haben regionale Sicherheitsinteressen zu einer Reihe von Initiativen hinsichtlich der Einrichtung regionaler Sicherheitsarrangements und intraregionale ökonomische Aktivitäten zu stärker institutionalisierten Formen inter-gouvernementaler Wirtschaftsorganisationen geführt.

Wichtige politische, ökonomische und soziale Veränderungen zwingen ostasiatische Staaten auch dazu, ihre Position zu eigenen Menschenrechtsproblemen zu überprüfen. Verbesserungen der Menschenrechtsstandards in Ostasien erfordern unter anderem ein größeres soziales Bewußtsein, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und weitere fundamentale politische Änderungen. Anstrengungen in Richtung der Entwicklung eines größeren Sinns für Gemeinschaftsvorhaben zum Menschenrechtsschutz, Förderung der politischen Liberalisierung und der Einrichtung weiterer Kanäle einer institutionalisierten Regionalkooperation sowie die Förderung eines erhöhten Bewußtseins können sicherlich zum Abbau internationaler Spannungen über Menschenrechte beitragen und ein günstigeres Klima für den Menschenrechtsschutz schaffen. Eine regionale Alternative wird jedoch erst dann entstehen, wenn nicht nur ein Bewußtsein über unterschiedliche regionale Bedingungen existiert, sondern auch ein genuines Engagement im Dienste des Menschenrechtsschutzes.

Wachsende ökonomische Prosperität in Ostasien wird für größeren Druck hinsichtlich der Menschenrechtsverbesserungen führen mit möglichen Folgen für die Stabilität in einigen Ländern wie in der Region als Ganzes. Ostasiatische Regierungen ignorieren Menschenrechte auf eigene Gefahr.

James T.H. Tang

(Der Verfasser ist Dozent für internationale Politik an der University of Hong Kong. Redaktionelle Bearbeitung und Kürzung von Peter Franke. Übersetzung von Peter Franke und Martin Peter Houscht).

Eine Kritik des westlichen Essentialismus*

Das östliche Verständnis von Menschenrechten als Instrument neokolonialer Intervention

Ich bin eingeladen worden, über das Thema "Westliches Menschenrechts- und Werteverständnis als neokoloniales Interventionsinstrument" zu sprechen. Für mich enthält diese Aussage bestimmte Voraussetzungen und Prämissen, die meines Erachtens weiter hinterfragt werden müssen.

Der vorherrschende Modetrend ist die Charakterisierung der Debatte zwischen Ost und West über die Frage von Menschenrechten

und Werten in Begrifflichkeiten, die den "universalistischen" Westen dem "partikularistischen, essentialistischen" Osten gegenüberstellen. Die Medien haben alles daran gesetzt, uns diese Wahrnehmung durch die regelmäßige Berichterstattung über die Unnachgiebigkeit vieler Eliten in Asien und in der Dritten Welt einzuflößen, die sich weigern, auf Forderungen von westlichen Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) einzugehen. Traurigerweise

haben sich diese asiatische Eliten keinen Gefallen damit getan, daß sie selbst bereitwillig auf diese Diktion eingehen und dazu neigen, eine "Bedrohung der asiatischen Werte" heraufbeschwören, wann immer ihre schmutzige Wäsche von den Medien in die Öffentlichkeit getragen wird. Es ist immer die Unnachgiebigkeit der nicht-westlichen Eliten, die unverhältnismäßig hervorgehoben und in Begriffen eines merkwürdig fremden, d.h. nicht-westlichen, kulturellen Partikularismus erklärt wird.

Jedoch müssen diejenigen unter uns, die vorgeben, sich für den Kampf um Menschenrechte und Menschenwürde einzusetzen, scharfsichtig und wachsam genug sein, diese kriegerische Rhetorik der Staaten, die uns ständig mit ihrem Schattenspiel und ihrer verbalen Akrobatik in die Irre führen, zu durchschauen.

Trotz des scheinbar klaren Gegensatzes von "Universalismus" und "partikularistischem Essentialismus", der den gegenüberstehenden Seiten der West-Ost Teilung zugesprochen wird, argumentiere ich daher, daß die Begriffe der Debatte, so wie sie hervorgebracht werden, bereits so tief im Terrain eines essentialistischen Denkens eingebettet sind, daß die Unterscheidung zwischen dem "universalistischen Westen" und dem "essentialistischen Osten" bereits selber wie ein Unterschied im Wesen behandelt wird und daß sie ferner eine ausgesprochen eurozentrische Form von kulturellem Essentialismus ist.

Ich werde dann fortfahren auszuführen, was ich für die Hauptpunkte halte, die der Festlegung der Ost-West-Debatte zugrunde liegen: daß nämlich die Reduzierung der Debatte zwischen westlichen und östlichen Regierungen über die Frage der Menschenrechte und Wertsysteme auf die Ebene eines relativistischen kulturellen Unterschiedes ein raffinierter Versuch ist, andere unbequeme Fragen zu verdrängen, wie die ungleiche Verteilung von Ressourcen, von Information, von Medieneinfluß und natürlich von Macht.

Ich will darauf hinaus, daß die Art und Weise, wie die Debatte über die Frage der Menschenrechte bisher abgesteckt ist, uns von der materiellen oder institutionellen Dimension der jeweiligen Probleme ablenkt (so etwa die Rolle des Staates bei der Durchsetzung und dem Schutz von Rechten und Freiheiten, die Beziehung zwischen Staaten bei der Verletzung dieser Rechte gegenüber anderen Gesellschaften und somit die Politik der Menschenrechte selbst). Stattdessen wird die Diskussion auf die kulturellen Dimensionen der Probleme beschränkt, indem scheinbar endlose und überflüssige Debatten darüber angezettelt werden, ob der Relativismus oder der Universalismus die Grundlage für unser Verständnis der Menschenrechte sein sollte.

Ich möchte dann mich für die Rückkehr zu einer Diskussion über Menschenrechte einsetzen, die fest in den Kontext von Macht und Machtbeziehungen eingebettet ist, die den Staat als den (immer noch) hauptsächlich Handelnden in der (internationalen) Politik sieht und die sich dann bemüht, die scheinbar essentialistische Haltung einiger Regierungen im Fernen Osten (wie auch in vielen anderen Teilen der Welt) in solch einem politischen Kontext zu verstehen.

Ich halte dies einfach deshalb für nötig, weil wir als NRO uns selbst daran erinnern müssen, daß unsere Entscheidung, außerhalb der Sphäre von Regierungen zu handeln, nicht bedeutet, daß wir den Ort des politischen Kampfes verlassen haben. Auf der anderen Seite sind wir gerade wegen unserer Position nicht nur verletzbarer durch die Wirkungsweise von Macht, sondern sollten auch sensibler für die unzähligen Formen sein, in der Macht sich äußert und zum Ausdruck kommt. Und die eine Art, mit der sich heute Macht selbst maskiert, ist durch den Vorwurf von "Partikularismus" und "Essentialismus" gegen andere.

Anmerkungen zu Universalismen und Partikularismen

Bevor wir uns damit auseinandersetzen, wie es zu dem heutigen Verständnis von Essentialismus gekommen ist, müssen wir den theoretischen Punkt herausstellen, der durch die gesamte Darstellung entwickelt werden wird: nämlich, daß alle Partikularismen

auch Universalismen und alle Universalismen wiederum auch Partikularismen sind.

Dieser Punkt muß einfach deshalb betont werden, weil in der Art, wie die Ost-West-Spaltung konstruiert wird, beide Seiten in einer sehr vereinfachenden, schon fast stereotypen Weise dargestellt sind. Die nicht-westlichen Gesellschaften und Eliten werden als kompromißlos auf der Besonderheit ihrer Situation bestehend beschrieben, der Westen hingegen als vorbehaltlos liberal in seiner universalistischen Haltung.

Was solche Charakterisierungen verworren macht, ist die einfache Tatsache, daß der Anspruch auf Besonderheit grundsätzlich auch universell ist, einfach deshalb, weil die Forderung an andere, die eigene Besonderheit zu respektieren den universellen Respekt für Partikularität voraussetzt. Die Forderungen von Partikularisten wären wirkungslos, wenn nicht ein universeller Respekt gegenüber Besonderheiten existierte, und alle Forderungen nach Unterschiedlichkeit wären null und nichtig.

Umgekehrt sind alle universellen Ansprüche in der Realität partikularistisch und zwar einfach deshalb, weil jeder Anspruch, der universelle Anerkennung sucht, einen spezifischen Ausgangspunkt haben muß, der seine Besonderheit verrät. Wir brauchen nicht viel weiter gehen, als uns die "universelle" Verfassung von den Vereinigten Staaten von Amerika anzusehen, in der die universellen Postulate von Rechten und Freiheiten, wie sie heute verstanden werden, uns die besonderen Umstände, bei der Formulierung der Verfassung geschrieben enthüllt und auch auf die kulturellen, rassischen, geschlechts- und klassenspezifischen Hintergründe der Verfasser sowie der Gesellschaft, an die sie sich wandten, hinweisen.

Mit diesem wichtigen Erkenntnis im Kopf, müssen wir uns nun die Entwicklungsgeschichte einer besonderen essentialistischen Erfindung zuwenden, nämlich des Mythos einer nicht-westlichen (insbesondere asiatischen) essentiellen Andersartigkeit.

Die eurozentrischen Wurzeln von grundsätzlichen Unterschieden

Als politischer Wissenschaftler, dessen Forschungsarbeit tief in der Geschichte verwurzelt ist, finde ich es merkwürdig, daß uns heute erzählt wird, gerade im Osten sei das essentialistische Denken am meisten entwickelt.

Daß solche Behauptungen flüssig und leicht über die Lippen gehen, ohne daß sie näher bestimmt werden müßten, verweist auf die Attraktivität des Konzepts Essentialismus selbst: Es gilt einfach und braucht nicht gerechtfertigt oder nachgewiesen werden. Wenn Asiaten ihrem Wesen nach essentialistisch denken, dann muß das einfach wahr sein, weil wir unserem Wesen nach so sind (sagt man).

Es ist noch gar nicht so lange her, daß solche Wesenskategorisierungen verwandt wurden, um den Orient und seine Völker zu beschreiben, wenn auch im etwas anderen Kontext des Weltreiches. Der Vorwurf des Essentialismus gegenüber vielen asiatischen Regierungen und Staaten heute ist nicht gerade neu. Er hat eine lange und fragwürdige Geschichte und es ist erst einige Jahrzehnte her, daß der Westen Asien in traditionellen und besonderen Werte- und Glaubenssysteme eingebettet gesehen hat. Der wesentliche Unterschied zwischen der Zeit damals und heute ist, daß zwischen dem 18. und frühem 20. Jahrhundert die Machtbeziehungen (wie auch die Zahlungsbilanzen) zwischen dem Westen und dem Osten eindeutig zu Gunsten von ersteren ausfielen. Die damals vorherrschende wirtschaftliche und politische Macht bewirkten eindeutig, daß die Wertsysteme des Ostens im Westen in höchst unschmeichelhafter Weise beschrieben wurden.

Unsere eigenen Erfahrungen in Malaysia - damals Britisch-Malaya - unter kolonialer Herrschaft zeigen, daß die Kultur der Malaien ihrem Wesen nach als degeneriert und rückschrittlich angesehen wurde und mit einer Tendenz behaftet, vor dem Modernen und dem "universellen" Fortschritt zurückzuschrecken. Der Mythos des faulen Eingeborenen, welcher die den kolonialisierten Völkern aufgezwungene Durchsetzung einer kolonialen kapitalistischen Wirt-

schaft rechtfertigen sollte, war ebenfalls eine essentialistische Fiktion, die einherging mit der des "universellen" Fortschrittes.

Die vorherrschende Tendenz heute, den Osten (wie auch den Rest der nicht-westlichen Welt) in essentialistische Kategorien zu stecken, ist somit kaum ein neues Phänomen. Der einzig wahrnehmbare Unterschied ist, daß sich die Begrifflichkeit im verwendeten Repertoire zugeschriebener Wesenszüge geändert hat. Die essentialistischen Etiketten "rückschrittlich", "faul", "vormodern" usw. haben Platz gemacht für ebenso irreführende Begriffe wie "gemeinschaftsorientiert", "entwicklungsbesessen" und natürlich "autoritär". Man muß sich klar machen, daß trotz solcher semantischer Verschiebungen keine Paradigmaänderungen stattgefunden haben, denn der Osten wird immer noch mit entschieden negativen Begriffen beschrieben.

Die Medien des Westen, von gelehrten Abhandlungen und akademischen Zeitschriften bis zur Boulevardpresse mit ihrem Geschrei, sie alle malen ein ähnliches Bild vom Osten als einer Region der negativen Polarität, das groteske, umgekehrte Spiegelbild des Westens selbst. Scheinbar ohne die Vielfältigkeit einer Zivilgesellschaft und dem Ethos des Individualismus gegenüber wesensfeindlich, wird der Osten als ein steriles, homogenes Gebiet gesehen, daß von Drohnen-ähnlichen, ihren orientalischen Despoten unterwürfigen Massen bevölkert wird. Was bequemerweise ausgelassen wird, ist die Komplexität des Ostens, ein mannigfaltiger Raum, dem man mit solch vereinfachenden Bezeichnungen in keiner Weise gerecht werden kann. Unsere Traditionen des Dissens wie der Toleranz und der Vermittlung, die bis heute blühen, haben nie die westliche Vorstellungskraft erreicht, die scheinbar daran festhalten will, den "anderen" als exotisch zu begreifen.

Solche essentialistischen Kategorisierungen des Ostens wurden dazu benutzt, einige der schlimmsten Abenteuer der westlichen Mächten im Ausland zu rechtfertigen, wie in der Geschichte nachgewiesen werden kann. Noch aufschlußreicher ist, daß solche Aggressionen selbst von den "aufgeklärtesten" Denkern des Westens verziehen oder sogar unterstützt wurden: von Marxens stillschweigender Zustimmung zum britischen Imperialismus in Indien (zur Ausrottung, von dem, was er für seinem Wesen nach rückschrittliche und primitive kulturelle Traditionen der Inder hielt, wenn nötig, selbst mit dem Bajonett) bis J. S. Mills Aufruf zu "liberalen Kreuzzügen" und einer missionarischen Intervention in China (was er, wie auch den Rest Asiens, als dem Wesen nach geschichtslos und unfähig, sich selbst zu lenken, beschrieb).

Der Vorwurf des "eingeborenen Essentialismus" hat somit eine lange und fragwürdige Geschichte. Seinen damaligen wie heutigen Gebrauch außerhalb der Sphäre von Macht und Politik zu diskutieren, wäre ein ernsthafter Fehler und würde wirkungsvoll die Motive und Mechanismen verdecken, die solchen Vorwürfen eigentlich zugrunde liegen. Seine Entstehungsgeschichte zu vergessen, wäre auch ein ernsthafter Fehler, weil wir Gefahr liefen auch andere Entwicklungen, wie etwa die des Imperialismus, zu vergessen. Vielleicht neigen diejenigen unter uns, die in einer bequemen Umgebung arbeiten, eher zu solch einer Vernachlässigung. Aber den Luxus des Vergessens können sich sicherlich nicht diejenigen leisten, die auch heute noch Objekt einer solchen essentialistischen Kategorisierung sind. Jeder Sudanese kann Ihnen das erzählen, denn heute gibt es dort mehr westliche Missionare und Aktivisten als zu Zeiten der Generäle Gordon und Kitchener. Was jedoch scheinbar vergessen wurde, ist, warum sie dort sind und wessen Interessen dabei wirklich gedient wird.

Partikularismus und (westlicher) Universalismus als Instrumente des Prinzips Herrsche und Teile

Neokolonialismus muß nicht die Form eines Kampfs annehmen, der das Reisfeld eines Bauern der 3. Welt überfliegt. Man braucht selbst keine Bomben oder Gewehre mehr. Alles was es braucht, ist eine moderne Werbekampagne, à la Benetton, welche das Bild des Anderen in exotischer und partikularistischer Weise zeichnet, und wir sind wieder zurück in den Tagen, als kulturelle

Unterschiede, aufgebaut auf den festen Säulen von Macht und Gewalt, durch die bildlichen Ausdrücke und Metaphern der Exotik reingewaschen wurden.

Das ist die politische Ausnutzung von heute. Wenn in der Vergangenheit die Wesenszuschreibung eine Möglichkeit war, die Unterschiede in Bezug auf Wirtschaft, Militär und politische Macht zu verdecken und durch "natürliche" kulturelle Unterschiede als normal hinzustellen, so trifft das auch heute noch für die internationale Politik zu. Es gibt zahlreiche Beispiele, an denen die Art dieser künstlichen Trennung deutlich wird.

Sehen wir uns zum Beispiel die Art an, in der auf den Konferenzen in Kairo und Beijing die Frage der Klitorisbeschneidung aufgegriffen wurde, ein Brauch, der noch in vielen Gesellschaften Asiens und Nordafrikas existiert. Eine Anzahl von Menschenrechtsgruppen im Westen hatten eine klarere Reaktion verlangt und einige westliche Medien gingen sogar so weit, daß sie direkte Intervention in bestimmten Fällen forderten. Klitorisbeschneidung wurde somit als ein kulturelles Problem gekennzeichnet, als eine kulturelle Besonderheit dieser Gesellschaften. Es wurde klar als Problem festgemacht, das eines bestimmten Mittels bedarf, nämlich der Intervention, um ein weiteres Praktizieren zu verhindern und, wenn nötig, diese Gesellschaften zu kontrollieren, damit es nicht weiter passiert. Man beachte den weitgehenden diplomatischen Druck, dem sich die ägyptische Regierung von anderen Regierungen ausgesetzt sah, daß sie die Klitorisbeschneidung für die Zukunft unterbinde.

Aber wie viele dieser westlichen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) haben eigentlich die Frage der Klitorisbeschneidung in einem breiteren kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Kontext diskutiert? Sowohl in Kairo wie auch in Beijing wurde deutlich, daß die Klitorisbeschneidung als unabhängige Frage isoliert untersucht wurde. Die kulturelle Bedeutung des Rituals und ihre Wichtigkeit bei der Identitätsbildung in solchen Gesellschaften wurde von den NRO völlig außer acht gelassen. Die Klitorisbeschneidung aus ihrem breiteren sozialen Kontext herauszulösen, würde heißen, ihr ihre Bedeutung innerhalb eines weiteren Gefüges von Werten und Glaubenssystemen zu berauben.

Ferner wurde auch der politische und wirtschaftliche Kontext der Klitorisbeschneidung nicht diskutiert. Wenige NRO haben sich die Mühe gemacht, auf den Zusammenhang von Klitorisbeschneidung und den zugrundeliegenden wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der Gesellschaften, in denen sie praktiziert wird, hinzuweisen. Daß es sie noch unter den ärmeren, ländlichen Gemeinschaften am Rande der Metropolen gibt, deutet auf den Zusammenhang von Armut, Analphabetentum - insbesondere unter Frauen - und der Aufrechterhaltung solch traditioneller Rituale hin.

Was viel westliche NRO hingegen beunruhigte, war die Tatsache, daß solche Rituale tatsächlich stattfinden und nichts unternommen wird, um sie zu verhindern. Im Namen des Rechtes der individuellen Frau wurde es für notwendig erachtet zu intervenieren, um auf die Aufrechterhaltung solcher Rituale aufmerksam zu machen, aber nicht auf den breiteren sozialpolitischen und wirtschaftlichen Kontext, in dem sie praktiziert werden. Und statt solche komplexen Probleme in dem breiteren Kontext von Armut und Machtungleichgewichten zwischen sowie innerhalb von Ländern zu behandeln, war die verordnete Lösung Stückwerk und vereinfachend, in der Art, daß sie alle Schuld lediglich einer bestimmten Gruppe von Akteuren zuschrieb.

Das ist der Grund dafür, wie und warum NRO aus dem Westen einer Medienkampagne gegen Länder wie den Sudan problemlos zustimmen können und die beiläufigen und täglichen Übergriffe gegen die legitime Regierung in Khartoum akzeptieren oder gar mittragen indem NRO und Aktivisten - einige von ihnen mit höchst fragwürdigen Hintergrund und Motiven - weiterhin gegen die Regierung dieses Landes von inner- und außerhalb seiner Grenzen arbeiten. Kurz, der Einsatz für einen Kodex der Menschenrechte und Freiheiten ist zu einem Freibrief für Interventionen gegen Regierungen und Gesellschaften geworden, die auf einer Besonderheit ihrer sozialen, kulturellen und politischen Erfahrungen bestehen.

Dabei vergessen wir aber, daß das scheinbar "universelle" Konzept von Menschenrechten und Freiheiten, welches heute von den Machtzentren des Westens gefördert wird, auch nur ein partikulares Wertesystem darstellt, mit einer besonderen Entwicklungsgeschichte, und das innerhalb eines bestimmten Diskurssystems fungiert, nämlich des liberal-demokratischen, säkularen Kapitalismus. Andere Beispiele können dies illustrieren:

Der Einsatz für Menschenrechte und Freiheiten, die auf dem Bedürfnis des Individuums basiert, hat zu einigen fragwürdigen Forderungen und Vorschlägen geführt. Wenn wir uns den Umweltgipfel in Rio ins Gedächtnis rufen, können Sie sich vielleicht an die Erklärung des Vertreters der amerikanischen Regierung erinnern, der öffentlich sagte, daß seine Regierung nicht die Rechte und Freiheiten des individuellen amerikanischen Konsumenten aufs Spiel setzen würde. "Universelle" individuelle Rechte wurden bei dieser Gelegenheit mißbraucht, um den Zielen einer besonderen Ideologie zu dienen: nämlich der des liberalen Kapitalismus, in dem der Markt oberste Instanz ist.

Kürzlich konnten wir die moralische Entrüstung der Weltpresse beobachten, nachdem es ihr nicht gelungen war, die Bestrafung eines einzelnen amerikanischen Teenagers mit der Prügelstrafe zu verhindern, dessen Achtung vor dem Privateigentum sich von jener unterschieden hatte, die in der asiatischen Gesellschaft, in der er lebte, vorherrschte. Eine ganze Kultur wurde daraufhin dämonisiert wegen ihrer anderen Auffassung in Bezug auf den Respekt vor dem Eigentum und die Verantwortung des Individuums. Und gleichzeitig bleibt die Verletzung des kollektiven Rechts ganzer Nationen, wie etwa der Bevölkerung des Iraks, unbemerkt und unerwähnt in den Zeitungen des Westens.

Wo schon eine Diskrepanz und Doppelmoral zum vorherrschenden Trend in der heutigen Welt wird, ist es wenig überraschend, daß der Diskurs über Menschenrechte und Freiheiten von der Eliten in der ganzen Welt mißbraucht wird. Aber trotz der offensichtlichen Tatsache, daß der Diskurs über Menschenrechte an allen Ecken des Globus von den Eliten einverleibt und mißbraucht wird, sollten diejenigen unter uns, die sich wirklich für die Förderung und den Schutz der Freiheiten und der Würde aller Völker einsetzen, diese Entwicklungen mit kritischen und sensiblen Augen sehen und versuchen, das Machtungleichgewicht zu erkennen, das nach wie vor die Arena des internationalen Diskurs durchdringt.

Es gibt zwei wichtige Faktoren, die wir im Kopf haben müssen, bevor wir die Art kritisieren, mit der der Diskurs über Menschenrechte zu einem Objekt einer diskursiven Auseinandersetzung geworden ist:

Erstens bleibt es eine Tatsache, daß die Verteilung des Zugriffs auf die Medien, Bildung und Informationen heute weiterhin eine bestimmte Gruppe von Eliten gegenüber einer anderen bevorzugt, und daß jene, nämlich die Eliten der westlichen Mächte, es sind, denen der Diskurs über Menschenrechte, deren besondere Entstehungsgeschichte in der historischen Entwicklung des Westen wiederzufinden ist, am meisten nützt. Diese Wahrnehmung ist so fest verwurzelt, daß es heute für uns geradezu unmöglich ist, von dem sogenannten "universellen" Katalog der Menschenrechte jene bestimmte Gruppe von Staaten zu trennen, die sich auf internationaler Ebene für sie einsetzt. Der fast weltweite Konsens darüber, wer die Guten und die Bösen im Golfkrieg waren und die anhaltende Hysterie über den Mythos des "islamischen Fundamentalismus", die politische Bewegungen in der islamischen Welt weiterhin dämonisiert, ist Beweis für die Tatsache, daß in der Tat die "universellen" Werte der Menschenrechte mißbraucht werden. Es zeigt aber auch, daß sie am wirkungsvollsten von dem einzigen Teil des Globus mißbraucht werden, der die Medien, das Militär und die wirtschaftliche Macht dazu hat: der Westen.

Zweitens bleibt es eine Vermutung, daß jeder Versuch sich der Gesamtheit des Menschenrechtsdiskurses, so wie er sich heute entwickelt hat, zu widersetzen, ihn zu problematisieren oder sogar zu überdenken, ausnahmslos das Werk nicht-westlicher Eliten ist, die fortfahren gegen die Mächte des Westens zu arbeiten. Diese Sicht übersieht die einfache Tatsache, daß in vielen Fällen der Wider-

stand gegen die Einführung von anderen Werten und Glaubenssystemen in Gesellschaften nicht nur von der Ebene der Eliten kommt, sondern auch von den Massen. Verdrängt an den Rand des wirklich globalen Machtssystems, wo die Kräfte des internationalen Kapitalismus nun in der Lage sind, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen von kleinen und schwachen Gesellschaften völlig zu verändern, haben viele Menschengruppen das Bedürfnis, eine gewisse Kontrolle über ihr Verständnis von kultureller, politischer und wirtschaftlicher Identität und Selbstbestimmung zu erhalten. Mit den Worten Chandra Muzaffars, "ist für den Süden die Verteidigung der Rechte auf Kollektivität nicht nur eine Frage des Entwickelns eines vollständigeren Verständnisses von Menschenrechten. Es ist eine Frage des Überlebens".

Mögen solche Überlebenskonzepte auf dem Versuch beruhen, die Kleinproduktion und Dienstleistungen zu erhalten, die entscheidend für das Identitätsempfinden einer Gemeinschaft sind, oder kulturelle Artefakte als erhaltenswert zu bewerten und solch einheimische Kultur oder künstlerische Tradition zu fördern, so sollte jede Analyse solcher Widerstandsformen nicht nur auf der Ebene kultureller Studien betrieben werden, sondern den weiteren geopolitischen und wirtschaftlichen Kontext zeitgenössischer Formen der zwischenstaatlichen Vorherrschaft und des interkulturellen Einflusses in Betracht ziehen.

Das Akzeptieren der Behauptung, daß nicht-westliche Staaten und Eliten, die an einem einheimischen, kulturellen Essentialismus als Verteidigungsmechanismus gegen den Druck von außen festhalten, sich nicht von den westlichen Eliten unterscheiden, die über die Macht verfügen, diesen Druck auszuüben, führt letztlich zur Annahme, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen heute keine nennenswerten Machtunterschiede aufwiesen. Das wäre jedoch nicht nur ein Deutungsfehler, sondern liefe auf eine Entschuldigung dafür hinaus, die heute wirksame Dynamik der Macht außen vor zu lassen.

Schlußfolgerung? Aufruf zu einem realistischen Ansatz im Kampf um Menschenrechte

Kultur kann nicht von Politik getrennt werden: Kultur informiert Politik. Aber solange Unterschiede zwischen Nationalstaaten einzig und allein auf Unterschiede der Kulturen à la Samuel Huntington zurückgeführt werden, wäre es naiv zu schließen, daß die Zeiten vorbei sind, als realpolitische Überlegungen die leitenden Prinzipien waren, welche die Beziehungen zwischen den Staaten - und damit auch zwischen Völkern und Kulturen - bestimmten.

Man braucht nur die Artikel in Foreign Affairs, The Economist und Atlantic Monthly durchzublättern, um zu erkennen, wie solche oberflächlichen und vereinfachenden Interpretationen von Kultur ständig verwandt werden, um die aggressive Außenpolitik etwa der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen. Noch besorgniserregender jedoch sind die Anzeichen dafür, daß die Bevölkerung der liberal-kapitalistischen Demokratien des Westens nicht nur von dem Konsens bei der Wahrnehmung des Anderen überzeugt ist, sondern auch Komplize bei seiner Herstellung und Erhaltung. Das konnte man etwa bei der populären anti-islamischen Stimmung nach dem Bombenanschlag in Oklahoma feststellen.

Was bedeutet das nun für uns?

Wir haben mit dem Argument begonnen, daß man den Diskurs über Essentialismus nicht so einfach abtun kann, zumindest nicht ohne das Risiko, in die gleiche Sprache des Essentialismus zurückzufallen. Das ist genau das Risiko, was wir alle hier die ganze Zeit eingehen, und - wage ich es zu sagen? - in die Falle des Essentialismus sind alle von uns das ein oder andere Mal hineingeraten.

Sich die Frage zu stellen, ob das westliche Verständnis von Menschenrechten und Werten eine Form des Neokolonialismus darstellt, setzt deshalb von seinem Ausgangspunkt aus bereits eine essentialistische Qualität voraus: den Westen (mit der anderen ober-

flächlichen Kategorie, dem Osten). Wenn unsere Diskussion ohne eine Pause zur Problematisierung dieser Kategorien fortgeführt würde, beträten wir unweigerlich das Terrain der zu einem Wesen erhobenen kulturellen Unterschiede und operieren entlang der gleichen Linie wie Huntington, Fukuyama und andere.

Die andere uns drohende Falle, besteht in der Art der (vielleicht liberalen, vielleicht idealistischen) Annahme, daß wir uns in besonderen und selbstbeschränkten diskursiven Sphären bewegen, wo die politische Diskussion von der Sphäre der kulturellen Unterschiede abgetrennt werden könnte, oder, daß die Frage von Rechten und Werten in einem Raum gestellt werden könnte, der irgendwie klar von dem der Politik und Macht abgrenzbar wäre.

Zu glauben, daß kulturelle Unterschiede sich selbstverständlich und natürlich ergeben, führt zu der bedenklichen Vernachlässigung der Dimensionen von Macht, die, wie Nietzsche beobachtete, ein wichtiger Bestandteil in allen Beziehungen zwischen Verschiedenen und den Wahrnehmungen von Verschiedenheit sind.

Eine ehrliche Auseinandersetzung mit Menschenrechten und Wertsystemen muß also mit einem tiefen und sympathisierenden Verständnis über die Wirkung von Macht und den Formen, in denen die Beziehungen zwischen Kulturen und Nationalstaaten auf (meist ungleiche) Macht- und Gewaltbeziehungen basieren, beginnen. Die essentialistische Haltung zu verdammen, die strategisch von denjenigen eingenommen wird, die sich in einer Position der Unterordnung und Schwäche befinden (während man ahnungslos seine eigenen essentialistischen Voraussetzungen bei solchen Verurteilungen vergißt), hat häufig die gegenteilige Wirkung: Diese künstlichen, essentialistischen kulturellen Unterschiede werden verfestigt und damit der Status quo festgeschrieben, der denjenigen nützt, die bereits die Macht haben.

Als NRO bewegen wir uns auf verschiedenen Ebenen, was uns eine mannigfaltigere und mehrdimensionale Sicht der Beziehungen zwischen Staaten, Kulturen und Völkern ermöglicht. Unbehindert durch die einseitige moralische Logik von Sicherheitsdenken oder Kaltem Krieg, müssen wir darauf achten, daß unsere eigenen moralischen Vokabeln nicht in ähnlich gewalttätige "Gut und Böse" Gegenüberstellungen abrutschen.

Unbestritten ist, daß es in der Tat eine Anzahl von Regimen gibt, die ihre regelmäßig Verletzung der Rechte des Individuums im Namen von kultureller Besonderheit und traditionellen Unterschieden (wobei sie die Bedürfnisse der Gemeinschaft vor die des Individuums oder in einigen Fällen sogar auf Kosten des Individuums stellen) verteidigen. Gleichzeitig dürfen wir aber auch die Tatsache nicht vergessen, daß jene Regime, die die Sache der "universellen" Menschenrechte und Werte im Munde führen, an der Förderung von Wertsystemen mitarbeiten, deren Besonderheiten sich ebenso aus ihrer eigenen, exklusiven Tagesordnung ergeben.

Die Rückkehr zu einem breiteren und reicheren Verständnis von Menschenrechten, das nicht eine künstliche Grenze zwischen den bürgerlichen und politischen Rechten gegen die kulturellen und

wirtschaftlichen Rechte zieht, muß die Rechte mit den Pflichten verbinden und das menschliche Subjekt in einen breiteren und komplexeren Kontext von Gesellschaft, Nation, Region und Zivilisation stellen: kurz, eine Rückkehr zum Verständnis von Menschenrechten, die fest im Kontext von Machtstrukturen und dem Verhältnissen zwischen Staaten und Völkern verankert ist.

Was umgekehrt zu diesem Zeitpunkt auf jeden Fall vermieden werden muß, ist die Tendenz, solche binären Unterscheidungen wie West und Ost, Nord und Süd in toto zu akzeptieren, ohne sie weiter zu problematisieren. Eine Fortführung dessen würde eine Festbeschreibung der Vorstellung bedeuten, daß die Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Kulturen Unvereinbarkeiten enthalten, die lediglich zwei (gleich gefährliche) Optionen ermöglichen: völlige Loslösung oder gewalttätige Intervention.

Die fortlaufenden Kampagnen, Kulturen von Gesellschaften wie die des Sudans, des Irans und Chinas zu dämonisieren, sollten uns alle mahnen, daß wir zu einem Verständnis von Menschenrechten zurückkehren müssen, das deutlich auch auf einem Verstehen von Macht beruht, denn wir leben noch immer im Schatten der großen Missionare und Eroberer wie Gordon und Kitchener. Den Konflikt dieser Länder mit den Machtzentren des Westen weiterhin nur im Sinne eines Kulturrelativismus zu betrachten, würde die entscheidende Dimension von Gewalt und Zwang weglassen, die unvermeidlich Teil solcher Formen von Intervention sind. Noch schlimmer wäre die Vorstellung zu akzeptieren, daß solche Konflikte lediglich Konflikte über die Interpretation von Werten seien und daß die Länder, die sich wehren, lediglich den Zugriff zu jenen kurzlebigen Qualitäten zu behalten versuchen, die von den Ethnologen so geliebt werden: Tradition und Geschichte.

Deshalb muß die Vorstellung problematisiert werden, daß das Westliche Verständnis von Menschenrechten und Werten ein Instrument neokolonialer Intervention (sein kann), einfach deshalb, weil eine binäre Gegenüberstellung von West und Ost, den essentialistischen Gedanken eines "östlichen Verständnisses von Menschenrechten und Werten" in sich birgt. Diese Vorstellung drängt das Andere fortwährend in eine defensive Position, plziert es auf dem Terrain der Negativität und ist in der Realität häufig ein diskursives Mittel im Dienst des (westlichen) Neokolonialismus.

Farish A. Noor

(Der Verfasser ist Politikwissenschaftler und Mitglied der in Malaysia gegründeten internationalen NRO 'Just World Trust'. Übersetzung aus dem Englischen von Peter Franke).

Anmerkungen

* Die Originalüberschrift auf Englisch lautete: The Eastern Understanding of Human Rights as an instrument of Neocolonial Intervention: A Critique of Western Essentialism. Essentialism wird im folgenden mit Essentialismus übersetzt.

Die Vereinigung traditioneller asiatischer und westlicher Werte zum Schutz der universellen Menschenrechte

Ich möchte gegenüber der Südostasien Informationsstelle und dem Südasiensbüro meinen Dank für die Einladung und für die Gelegenheit zur Teilnahme an dieser Tagung zum Ausdruck bringen. Mein Vortrag steht unter der Überschrift "Die Vereinigung traditioneller asiatischer und westlicher Werte zum Schutz der universellen Menschenrechte".

Die asiatisch-pazifische Region verfügt gegenwärtig weder über regionale noch unterhalb dieser Ebene angesiedelte Mechanismen, die sich der Menschenrechtsfrage annehmen. Eine Möglichkeit, dies zu ändern, besteht darin, sich um eine vorbehaltlose Ratifizierung aller internationalen Menschenrechtsinstrumente zu bemühen.

Später würde dann die Übertragung dieser Instrumente in nationales Recht erfolgen müssen.

Eine andere, vielleicht schwierigere und daher umso dringlicher zu verwirklichende Möglichkeit basiert darauf, mehr Bewußtsein und Sensibilität hinsichtlich der Notwendigkeit zu erzeugen, eine verantwortungsvolle, transparente und unabhängige Einrichtung zur Prüfung von Menschenrechtsfragen zu entwickeln. Dabei stellt sich ein nicht nur auf die Region Asien-Pazifik begrenztes Problem, nämlich die bei Regierungen und ihren Verbündeten bestehenden mentalen Blockaden sowie überholten Meinungen, die im Ausdruck jeglicher Sorge um die Einhaltung der Menschenrechte nichts an-